

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309 b - TELEPHON: B 40-500, KL. 838, 837 U. 013

FÜR DEN INHALT VERANTWÖRTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 10. Dezember 1954

Blatt 2122

Die Arbeit des neuen Gemeinderates

=====

10. Dezember (RK) Bürgermeister Jonas hielt heute nach der Konstituierung des Wiener Gemeinderates und seiner Wiederwahl folgende programmatische Rede:

"Ich danke Ihnen für das Vertrauen, das Sie mir durch die Wiederwahl zum Bürgermeister erwiesen haben. Mit diesem Dank verbinde ich die Versicherung, daß ich mich stets bemühen werde, das Vertrauen zu rechtfertigen. Es ist für mich die gleiche Verpflichtung wie das Gelöbnis, das ich heute abgelegt habe.

Auch im Namen der anderen Herren und Frauen des Präsidiums des Gemeinderates und der soeben gewählten Mitglieder des Stadtsenates, der Vizebürgermeister und Stadträte, danke ich Ihnen. Auch sie werden aufrichtig bemüht sein, das ihnen geschenkte Vertrauen zu rechtfertigen und ihre Pflicht zum Wohle der Bevölkerung zu tun.

Dank an die scheidenden Stadträte

Mit der neuen Funktionsperiode des Wiener Gemeinderates scheidet der Amtsführende Stadtrat Rudolf Sigmund als Mitglied des Stadtsenates aus. Stadtrat Sigmund leitete die Geschäftsgruppe Personalangelegenheiten, Verwaltungs- und Betriebsreform. Es drängt mich, ihm für seine unermüdliche und hingebungsvolle Arbeit, die er seit dem Oktober 1952 auf dem Gebiete des Personalwesens geleistet hat, meinen persönlichen Dank und den Dank der Stadt Wien zum Ausdruck zu bringen. Stadtrat Sigmund übernahm das Amt von seinem Vorgänger Stadtrat Fritsch, der wegen seiner

schweren Erkrankung längere Zeit seine Tätigkeit nicht mehr ausüben konnte. Seit dieser Zeit sind gerade auf dem Gebiete des Gehaltswesens durch die erfolgten Nachzieh- und Entnivellierungsverfahren umfangreiche und wirkungsvolle Arbeiten notwendig geworden, denen Stadtrat Sigmund mit Gründlichkeit und Sachkenntnis nachkam. Mein Dank gilt ebenso seiner vielfältigen Kleinarbeit, die dieses Ressort verlangt, wie der Erledigung der großen und wichtigen personalpolitischen Probleme, die im Zusammenwirken mit der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten in den letzten zwei Jahren zu leisten waren.

Aus seinem bisherigen Amt scheidet auch Stadtrat Franz Koci. Die Geschäftsgruppe Wohnungs-, Siedlung- und Kleingartenwesen, die er seit Juni 1951 geleitet hat, zählt zu jenen Ämtern, die die Öffentlichkeit sehr interessieren. Während seiner fast vierjährigen Tätigkeit als Stadtrat für Wohnungswesen konnte er mehreren zehntausenden Familien ein sicheres Obdach vermitteln. Er begann mit der Liquidierung der kriegsbedingten Obdachlosenheime und führte sie soweit, daß sein Nachfolger nun die Beendigung dieser schwierigen Aufgabe vornehmen kann. Seine Arbeiten wurden im besonderen Maße noch dadurch erschwert, daß ständig viele Familien ihre baufällig gewordenen Wohnungen verlassen oder ganze Wohnhäuser wegen des Umbaues geräumt werden mußten, und ihre Bewohner unterzubringen waren. Was wir an ihm besonders schätzen, war sein Bestreben, den erdrückenden Umfang seiner Arbeit mit möglicher Gerechtigkeit zu erfüllen. Niemand darf sich darüber wundern, daß sein Amt manchmal harte und ungerechte Kritik gerade von jenen erfuhr, die von der Größe der Wiener Wohnungsnot nur ungenaue Vorstellungen haben. Aber auch solche Kritiken sind nicht geeignet, die Verdienste und Leistungen des scheidenden Stadtrates zu schmälern. Ich danke ihm für seine rastlose Arbeit und für sein ehrliches und gerechtes Bemühen um die Linderung der Wiener Wohnungsnot. Stadtrat Koci übernimmt nun die Leitung der neugebildeten Verwaltungsgruppe VIII - Öffentliche Einrichtungen - wo ihn ebenso dringende und wichtige Aufgaben erwarten.

Die Aufgaben der kommenden Jahre

Meine Frauen und Herren! Mit der heutigen Konstituierung des Gemeinderates beginnt eine neue Periode der nach demokratischen Grundsätzen gewählten Volksvertretung in Wien. Sie wird für ihre Tätigkeit wesentlich andere Bedingungen vorfinden als die Gemeinderäte vorher.

Binnen kurzem wird der Haushaltsplan der Stadt Wien für 1955 beraten werden, der zum ersten Mal dem verkleinerten Umfang unserer Gemeinde gilt, wie er den Bestimmungen des kürzlich durchgeführten Gebietsänderungsgesetzes entspricht. Im Voranschlag werden alle Verwaltungsgruppen ihre Arbeiten für das nächste Jahr beschließen lassen müssen, die neben noch immer wichtigen Wiederaufbauarbeiten eine lange Reihe neuer Schöpfungen vorsehen. In diesem Zusammenhang will ich mir erlauben, dem Gemeinderat unsere Aufgaben für die bevorstehende fünfjährige Verwaltungsperiode in großen Zügen zu umreißen und gleichzeitig der Erwartung Ausdruck geben, daß es uns möglich sein wird, diese Grundsätze ungestört beibehalten zu können, damit wir den Ausbau unserer Heimatstadt weiterhin planmäßig vornehmen können.

Weiterhin Bekämpfung der Wohnungsnot

Das dringendste Problem, dem wir auch weiterhin unsere uneingeschränkte Aufmerksamkeit zuwenden müssen, ist die Bekämpfung der Wiener Wohnungsnot. Dank der erfolgreichen Wohnbaupolitik der Gemeindeverwaltung und dank den Leistungen des Wohnhauswiederaufbaufonds konnten in den letzten Jahren wesentliche Beiträge zur Linderung des Wohnungselendes geleistet werden. Zehntausende von Ausgebombten, Delogierten und Flüchtlingen konnten im Laufe der letzten Jahre in Wohnungen untergebracht werden. Doch andere, neue Bewerber kommen ständig hinzu und vermehren die Zahl der Fälle, die beim Wohnungsamt angemeldet sind. Es ergibt sich der anscheinend paradoxe Zustand, daß die Zahl der Bewerber umso mehr steigt, je mehr neue Wohnungen gebaut werden. In den ersten Jahren nach dem Kriege wurden die meisten Wohnungswünsche einfach deshalb zurückgestellt und nicht angemeldet, weil alle wußten, daß sie nicht befriedigt werden können. Aber nun, da die erfolg-

reiche Wiederaufbau- und Neubautätigkeit so großen Umfang angenommen hat, treten die so lange zurückgestauten Wohnungswünsche umso deutlicher in den Vordergrund. Ich erblicke zwei Ursachen hierfür. Erstens die durch die Verordnung des Landeshauptmannes vom 14. Dezember 1953 ermöglichte günstige Bewertung und Einreihung der Untermieter und Mitbewohner überbelegter Wohnungen, womit vor allem den jungen Ehepaaren geholfen werden sollte. Die Auswirkung dieser Verordnung war ein fühlbares Steigen der Zahl jener Wohnungswerber, die ohne Rücksicht auf die erreichte Punkteanzahl in Klasse I eingereiht wurden.

Sozialer Wohnbau und Assanierung

Die zweite, viel umfangreichere und auch langwirkende Ursache sehe ich darin, daß ein zu großer Teil der Wiener Wohnungen überaltert ist und den Bedürfnissen der Gegenwart überhaupt nicht mehr entspricht. Das hat zur Folge, daß die Bewohner solcher feuchter und finsterner Wohnungen, in die nie ein Sonnenstrahl dringt, nun mit Recht eine möglichst rasche Beendigung ihres qualvollen Zustandes verlangen. Es wird eine der schwersten aber auch schönsten Aufgaben der kommenden Jahre sein, gerade diese Bedürfnisse zu berücksichtigen. Wir werden deshalb unentwegt den sozialen Wohnungsbau weiterführen, um möglichst viel neuen Wohnraum zu beschaffen. Gleichzeitig sollte es aber unser Stolz sein, mehr als bisher alte und unwürdige Wohnungen in ganzen Blöcken niederzureißen und durch gesunde großstädtische Wohnhausanlagen zu ersetzen. Wohl hat die Gemeinde in den vergangenen Jahren solche Assanierungen schlechter Wohngebiete bereits durchgeführt. Ich darf den Hohen Gemeinderat an die Beseitigung schlechter oder alter Wohnhäuser im 9., 10., 14. und 16. Bezirk erinnern, anderen Stelle bereits tausende moderne Wohnungen entstanden sind. Dergleichen ist es uns gelungen, schon viele der nach dem Krieg notwendig gewordenen Obdachlosenheime aufzulassen und ihre Insassen in normalen Wohnungen unterzubringen. Aber in Zukunft muß diese wirkliche Erneuerung des Wiener Wohnungsbestandes in größerem Umfang durchgeführt werden. Damit wollen wir eine schrittweise aber konsequente Beseitigung der Notstandsgebiete unserer Stadt einleiten. Wir erhoffen uns allerdings, wie alle anderen öster-
./.

reichischen Städte, eine Hilfe durch den Nationalrat. Die geltenden gesetzlichen Grundlagen sind nicht dazu angetan, die Assanierung schlechter Wohnviertel zu erleichtern. Hierzu bedarf es eines modernen Bodenbeschaffungs- und Assanierungsgesetzes, das den Gemeindeverwaltungen unter Wahrung aller berechtigten Entschädigungsansprüche den Erwerb des benötigten Bodens erleichtert.

Ein anderer wichtiger Beitrag zur Bekämpfung der Wohnungsnot wird von der Gemeinde weiterhin durch die Förderung der genossenschaftlichen Wohnbautätigkeit geleistet werden. Hierfür hat die Gemeinde in den vergangenen Jahren 157 Millionen Schilling neben den Darlehen des Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds zugeschossen. Eine weitere Möglichkeit erhoffen wir uns durch das neue Wohnbauförderungsgesetz, das mit 1. Jänner des kommenden Jahres in Kraft treten wird und auch im Bereich der Stadt Wien den Bau von annähernd 1.500 Wohnungen pro Jahr vorsieht. Die Gemeinde Wien wird sicher bestrebt sein, neben der Gewährung der gesetzlich vorgesehenen Darlehen im Notfall auch durch die Beistellung entsprechender Gründe die Bauabsichten zu erleichtern.

Das Wohnungselend scheint mir auch durch andere Mittel noch zu lindern zu sein. Es gibt sicher viele zehntausende Wohnungen, die an und für sich noch in gutem Bauzustand sind, denen jedoch die technischen und sanitären Anlagen fehlen, die heute der Großstädter gerne in Anspruch nimmt. Hier sollte durch gemeinschaftliche Aktionen unter Mithilfe der Gemeinde Wien eine großzügige Modernisierung möglich sein, die den Wohnwert dieser unmodernen Behausungen mit einem Schlag fühlbar heben würden.

Förderung der Familien

Alle Anstrengungen, die uns auf dem Gebiete des Neubaues und der Modernisierung alter Wohnungen bevorstehen, dienen im direkten Wege auch einer gesunden Familienförderungs politik. Seit Jahren müssen wir schmerzlich feststellen, daß sich die Geburtenziffern auf einem bevölkerungspolitisch bedrohlich niedrigen Niveau halten. Dank der Beschlüsse des Nationalrates werden Anfang des neuen Jahres wirkungsvolle gesetzliche Familienförderungsmaßnahmen beginnen, von denen wir uns auch in Wien eine Besserung

versprechen. Selbstverständlich wird unsere Gemeinde die finanziellen Leistungen vollbringen, die sich aus diesen Gesetzen ergeben, mit der Hoffnung, daß sich damit unsere bevölkerungspolitische Situation zum guten wendet. Aber neben diesen neuen Maßnahmen sollten wir uns Aufgaben setzen, die aus den besonderen Bedingungen des Großstadtlebens und der umfangreichen Frauenberufstätigkeit notwendig scheinen. Die Errichtung weiterer Kindergärten und Horte, Kinderfreibäder und Spielplätze wäre zu ergänzen durch Beiträge der Gemeinde zur Schaffung und Erhaltung von Schulinternaten, um berufstätigen, vor allem alleinstehenden Müttern, die Sorgen um ihre Kinder zu erleichtern.

Um den vorhandenen Bedürfnissen Rechnung zu tragen, wird die Gemeinde eine neue Lebens- und Eheberatungsstelle errichten, die in der ersten Republik bereits eine anerkannte und segensreiche Tätigkeit entfaltetete.

Neubau des Allgemeinen Krankenhauses

Ein besonderes Augenmerk werden wir in Zukunft dem Wiener Gesundheitswesen zuwenden. Der Krieg hat in den Spitälern fürchterliche Zerstörungen hinterlassen. Durch unermüdliche Arbeit ist es gelungen, fast alle zerstörten und beschädigten Spitalsgebäude wieder neu und besser zu errichten. Leider hat die Ungunst der vergangenen Jahrzehnte es verhindert, das große und dringende Problem der Wiener Spitäler zu lösen. Das Wiener Allgemeine Krankenhaus, das in der Geschichte der Wiener medizinischen Schule eine hervorragende Rolle spielt, kann den Aufgaben der modernen medizinischen Wissenschaft und Krankenpflege bei weitem nicht mehr nachkommen. Wohl waren schon vor fünfzig Jahren die gleichen Erkenntnisse vorhanden, ebenso alt sind die Wünsche, dem Allgemeinen Krankenhaus und seinen klinischen Abteilungen neue Unterkünfte zu schaffen. Doch sind alle bisherigen Absichten unserer Vorgänger an der Größe der Aufgabe gescheitert. Die erfolgreiche Beendigung so vieler Wiederaufbauarbeiten gibt uns nun den Mut, an den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses zu schreiten. Wir wissen, daß wir uns da einer Aufgabe unterziehen wollen, die nicht von einem Jahr zum anderen erfüllt werden kann, und die im Zusammenwirken aller verantwortlichen Stellen genau planende Vorarbeit verlangt. Das

Wiener Allgemeine Krankenhaus beherbergt aber fast alle klinischen Unterrichtsstätten der Wiener Universität. Sie sind eine der wesentlichsten Einrichtungen der medizinischen Fakultät, die die hervorragende Ausbildung des ärztlichen Nachwuchses garantieren. Wir erachten es als eine selbstverständliche Verpflichtung des Bundes, daß er die Hälfte der Baukosten für die Universitätskliniken übernimmt, zumal der Gemeinde Wien dann in den neuen Anstalten für dauernde Zeiten wesentliche Erhöhungen der Betriebs- und Verwaltungskosten erwachsen werden. Mit dem früheren und mit dem gegenwärtigen Bundesminister für Unterricht habe ich über diese Angelegenheit bereits verhandelt und großes Verständnis gefunden. Ich hoffe, daß die kommenden Besprechungen eine baldige Übereinstimmung der beiderseitigen Standpunkte bringen werden, worauf die vorbereitenden Arbeiten sofort beginnen können. Wir würden uns sehr freuen, auf diese Art der Wiener Bevölkerung ein modernes, allen medizinischen und hygienischen Anforderungen entsprechendes Spital beschaffen zu können, das gleichzeitig auch zu einer Erneuerung des weltweiten Rufes der Wiener medizinischen Fakultät beitragen könnte.

Wenn wir also die feste Absicht haben, für unsere kranken Mitbürger noch bessere Heilungsmöglichkeiten zu schaffen, so wollen wir ebenso weiterhin dafür sorgen, daß die wirkungsvollen und bekannten Einrichtungen unseres Fürsorge- und Wohlfahrtswesens weiterhin allen Bedürftigen zur Verfügung stehen und nach Bedarf noch ausgebaut werden. Mit den Einrichtungen für Mütter und Kinder wollen wir für unsere Zukunft sorgen. Mit den Einrichtungen für unsere alten Mitbürger wollen wir jenen eine Dankeschuld abstaten, die durch Jahrzehnte mit ihrer fleißigen und treuen Arbeit am Gedeihen unserer Stadt mitgewirkt haben.

Rascherer und sicherer Großstadtverkehr

Wenn man von der Modernisierung unserer Stadt spricht, so drängen sich sofort nach den Wohnungssorgen die Probleme des Straßenverkehrs auf. Die sprunghafte Motorisierung schafft viele neue Situationen, die uns früher unbekannt waren. Die Bevölkerung zeigt erfreulich großes Interesse an diesen Problemen und ist sich darüber im klaren, daß wir in Zukunft gerade auf diesem

Gebiet noch große Leistungen vollbringen müssen. In den letzten Jahren hat die Gemeinde der Verkehrsentwicklung ständig mehr Rechnung getragen und durch Neubauten und Umbauten viele neuralgische Punkte unserer Verkehrsflächen saniert. Doch sind wir uns dessen bewußt, daß uns die Konkurrenz zwischen Fußgeher und Fahrzeug zu weiteren umfangreichen Verkehrsbauten zwingen wird. Die bereits vollendeten oder schon begonnenen Unterführungen und Fußgehertunnels zeigen an, in welcher Richtung auch weiterhin gearbeitet werden muß. Doch das ist nur ein Teil der Probleme, die eine Lösung verlangen. Die Tendenz zum rascheren Großstadtverkehr bei möglichst großer Verkehrssicherheit und die Steigerung der Verkehrsbedürfnisse überhaupt schaffen so viele neue und umfangreiche Aufgaben, daß ein übereinstimmender und nach der Dringlichkeit gereihter Ausbauplan zwingend notwendig geworden ist. Deshalb erachte ich es als notwendig, alle mit dieser Frage beschäftigten Bundes- und Gemeindeinstanzen zusammen mit den bewährtesten Fachleuten des Verkehrswesens möglichst bald zu einer Enquete einzuladen, um den jetzigen Verkehrszustand Wiens festzustellen und sachlich fundierte Vorschläge für die notwendigen Neuerungen auszuarbeiten. Ich glaube es der Bevölkerung schuldig zu sein, wenn ich darauf aufmerksam mache, daß gerade diese kommenden Aufgaben an die Finanzkraft der Gemeinde große Anforderungen stellen werden.

Ausbau der Hafenanlagen

Wenn wir auf dem Gebiet des innerstädtischen Verkehrs auf die sichtbaren Erfolge der letzten Jahre und noch mehr auf die kommenden Aufgaben hinweisen sollen, so müssen wir unsere Aufmerksamkeit gleicherweise auch jenen Verkehrsfragen weiterhin zuwenden, die die Stellung Wiens als Wirtschaftszentrum besonders kennzeichnen. In den vergangenen Jahren hat die Gemeinde mit eigenen aber nicht ausreichenden Mitteln am Ausbau unserer Hafenanlagen gearbeitet. Ich kann dem hohen Gemeinderat die Mitteilung machen, daß es mir in zweijährigen Bemühungen gelungen ist, die zuständigen Regierungstellen zu einer finanziellen Beitragsleistung an den Wiener Hafenbauten zu bewegen. Im nächsten Jahr werden also zum ersten Mal neben den Gemeindebeiträgen

auch Beiträge des Handelsministeriums und des Verkehrsministeriums verwendet werden können, sodaß wir in den kommenden Jahren mit einer beschleunigten Weiterführung des Hafenausbaues rechnen dürfen.

Autobahn bis Urania

Ein besonders wichtiges Problem stellt die Einführung der künftigen Autobahn nach Wien dar. Die Gemeindeverwaltung hat bereits die zur Planung notwendigen Vorarbeiten zur Führung der Autobahn im Wienflußbett bis zur Urania abgeschlossen und dem Ministerium für Handel und Wiederaufbau mit den finanziellen Berechnungen übersendet. Da unsere Stadt den größten Teil des Überlandverkehrs aufnehmen wird, halten wir es für eine Selbstverständlichkeit, daß der Bau der Autobahn nicht vor den Toren Wiens abgeschlossen sondern auf Kosten des Bundes bis in das Herz der Stadt weitergeführt wird.

Im internationalen Reiseverkehr spielt das Flugwesen eine immer größere Rolle. Deshalb hat sich die Gemeinde Wien entschlossen, der neugegründeten Wiener Flughafenbetriebsgesellschaft beizutreten, die den Schwechater Flughafen ausbaut, um ihn den internationalen Anforderungen anzupassen. Damit wird der ungenügende Zustand des für Wien wichtigen Flughafens wesentlich verbessert und der Luftreiseverkehr nach Wien erleichtert.

Hände weg vom Wald- und Wiesengürtel

Neben den wichtigsten Bauaufgaben, die in den nächsten Jahren gelöst werden müssen, werden wir eine Reihe anderer Maßnahmen, die die wirtschaftliche und landschaftliche Struktur von Wien beeinflussen, weiterhin verfolgen. Das große Ruhe- und Erholungsgebiet der Wiener Bevölkerung, unser Wienerwald, ist in den vergangenen Jahren durch weitere gesetzliche Maßnahmen gegen Übergriffe und Gefahren gesichert worden. Trotzdem treten immer wieder Versuche auf, den Wald- und Wiesengürtel in direkter oder verschleiierter Form zu durchbrechen. Ich glaube der Zustimmung des ganzen Gemeinderates sicher zu sein, wenn ich erkläre, daß wir im Interesse unserer und der kommenden Generation den Wald- und Wiesengürtel nicht antasten lassen, sondern ihn ungeschmälert

erhalten, als die grüne Lunge unserer Stadt. Unser Bestreben, auch im Inneren der Stadt möglichst viel Grün und Blumen durch Ausgestaltung und Erweiterung der Park- und Gartenanlagen zu erreichen, werden wir in Zukunft fortsetzen, um Wien zu einer Stadt der Gärten zu machen.

Sommerbad auf dem Laaer Berg

In den letzten Jahren hat die Gemeinde dem Wiederaufbau der öffentlichen Bäder großes Augenmerk zugewendet. Diese Bemühungen werden auch in Zukunft fortgesetzt werden. Vor allem soll der Südrand von Wien, der auf diesem Gebiet wegen der natürlichen Bedingungen vernachlässigt war, in das Netz städtischer Bäder einbezogen werden. Deshalb soll auf dem Laaer Berg ein großes Sommerbad errichtet werden. Auch das Strandbad in der Kuchelau, das seinerzeit von viel badelustige Wiener angezogen hat und ein Opfer des Krieges wurde, soll wiederhergestellt werden. Das Stadionbad im Prater, das sich bei den Wienern so großer Beliebtheit erfreut, soll ebenfalls noch ausgebaut werden. Der Bau weiterer Jugendspielplätze und die Förderung von neuen Sportplätzen, ebenso wie die Vergrößerung des Wiener Stadions sind eine Aufgabe der nächsten Zukunft.

Wien will Kredite

Die Unterlassungen der vergangenen Jahrzehnte und die großen Aufgaben, die uns Kriegs- und Nachkriegszeit gestellt haben, und vor allem die großen Vorhaben der Zukunft, erfordern so große finanzielle Anstrengungen, daß die vorhandenen Mittel nicht ausreichen, alle notwendigen Arbeiten in kurzer Zeit durchzuführen. Darum hat sich die Gemeindeverwaltung immer bereit erklärt, Kredite aufzunehmen, damit die Kosten des Wiederaufbaues und des Ausbaues nicht einer Generation aufgebürdet werden müssen. Natürlich können Kredite nur für jene Vorhaben verwendet werden, die bloß einmal auftreten und die Kosten des Kredites womöglich aus eigenem tragen können. Bei diesem Anlaß gebe ich auch der Erwartung Ausdruck, daß alle Vertreter dieser Stadt in allen gesetzlichen Körperschaften dafür eintreten, daß die Lebensinteressen der Bundeshauptstadt bei den Auseinandersetzungen über den Finanzausgleich

voll berücksichtigt werden.

Kulturförderung

Die Bundeshauptstadt Wien ist nicht nur ein wirtschaftliches und kulturelles Zentrum. Sie hat auch ein soziales Erbe aus der Vergangenheit zu wahren und auszubauen, denn darauf beruht zum großen Teil ihr guter Ruf im In- und Ausland. Dem Kulturleben müssen wir aus mancherlei Gründen unsere besondere Aufmerksamkeit zuwenden. Abgesehen davon, daß dieser Bereich des großstädtischen Lebens bei fortschreitender Konsolidierung der Verhältnisse immer stärker in seine natürlichen Rechte treten wird, obliegt uns auch die hohe Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß Kunst und Bildung noch mehr als bisher in die Bevölkerung getragen werden. Den bildenden Künstlern, deren Arbeitsstätten im Kriege zugrunde gingen oder stark beschädigt wurden, wollen wir durch die Herstellung von Künstlerwerkstätten ihre Schaffensbedingungen erleichtern. Dieser Verpflichtung dienen wir auch, wenn wir in Zukunft noch stärker als bisher den Fremdanverkehr fördern, dessen Anziehungskraft vor allem auf den kulturellen und künstlerischen Einrichtungen unserer Stadt beruht.

Neue Schule für Körperbehinderte

In den vergangenen Jahren erfreute sich das Wiener Schulwesen mit vollem Recht der besonderen Obsorge der Gemeindeverwaltung. Daran soll sich auch in Zukunft nichts ändern. Die Schulstadt Wien hat mit seinen vielseitigen, auf hohe Qualität abgestimmten Einrichtungen im In- und Ausland besondere Anerkennung gefunden. Dazu zählen auch unsere Spezialschulen für körperbehinderte Kinder. Um ihrer Ausbildung noch bessere Möglichkeiten zu schaffen, wird die Gemeinde Wien eine vorbildliche und den Anforderungen der modernen Pädagogik voll entsprechende Schule für körperbehinderte Kinder errichten.

Beitrag zur inneren Befriedung

In meiner Antrittsrede am 22. Juni 1951 gab ich das Versprechen ab, mitzuhelfen, um jene Härten zu mildern, die als Folge des vergangenen Gewalt-Regimes noch manche Kreise der Bevölkerung mit Sorge belasten. Ich kann dem Hohen Gemeinderat mitteilen,

daß die Gemeinde Wien in den vergangenen Jahren in der Lage war, in aller Stille viele soziale und materielle Härtefälle zu beseitigen, ohne mit den bestehenden Gesetzen in Widerspruch zu kommen. Diese Bemühungen werden wir selbstverständlich auch in Zukunft fortsetzen und damit zur inneren Befriedung unseres Volkes beitragen.

Mitarbeit der Bevölkerung

Mein Gruß und mein Dank als neugewählter Bürgermeister dieser Stadt gilt nicht zuletzt der Wiener Bevölkerung und den Arbeitern und Angestellten der Stadt Wien in der Hoheitsverwaltung und in den städtischen Unternehmungen und Betrieben. Es ist ein Dank für die eifrige Mitarbeit am Wiederaufbau und für das große Verständnis gegenüber den Schwierigkeiten, die uns der unselige Krieg hinterlassen hat. Ich richte heute an die Beamten- und Arbeiterschaft der Stadt die herzliche Bitte, an die kommenden grossen Aufgaben der nächsten Jahre mit dem gleichen Verständnis heranzutreten. Durch gemeinsame Maßnahmen soll eine weitere Vereinfachung in der Verwaltung erzielt werden, um im Interesse unserer verständnisvollen Wiener Bevölkerung ein möglichst reibungsloses Funktionieren zu erreichen. Erfolge in der Verwaltungsreform liegen nicht nur im Interesse der Stadtverwaltung, sondern auch im Interesse der städtischen Angestellten. Wenn die Kosten des Verwaltungsapparates in einem gesunden Verhältnis zu den produktiven Ausgaben der Gemeinde stehen, dann ist eine dauernde Besserstellung des Personals eher möglich. Die Gemeinde Wien wird ihren Angestellten so wie bisher ein einsichtiger und sozial denkender Dienstgeber sein. Ich bin davon überzeugt, daß die Beamten, Angestellten und Arbeiter der Stadt Wien auch in Zukunft ihre Arbeitsfreude und ihre Begeisterung in den Dienst des Aufbaues und des Fortschrittes in Wien stellen werden.

Seit dem Kriegsende haben wir in harter Arbeit fast alle Kriegsschäden beseitigt. Wir haben die Wohlfahrts- und Gesundheitseinrichtungen einigermaßen aufgebaut und erweitert. Der soziale Wohnungsbau hat bereits einen friedensmäßigen Umfang erreicht und einen entscheidenden Beitrag zur Linderung der Wohnungsnot und zur Sicherung des Mieterschutzes geleistet. Da wir die feste Absicht

haben, die Arbeiten auch in Zukunft fortzusetzen, wird es möglich sein, eine Fülle neuer Aufträge an unsere Industrie und an unser Gewerbe zu vergeben. Dadurch wird dann die Gemeinde so wie in der Vergangenheit dafür sorgen, daß möglichst viele unserer wertvollen Arbeiter und Angestellten in der Privatwirtschaft beschäftigt sein werden.

Zusammenarbeit der großen Parteien

Wenn wir versuchen, den Aufgabenkreis der kommenden Jahre zu überblicken, so müssen wir uns dessen bewußt sein, daß wir wahrscheinlich nur einen Teil der ungeheuren Arbeiten beenden können, während ein anderer Teil jetzt nur begonnen und die Fertigstellung dem künftigen Gemeinderat obliegen wird. Denn manche Arbeiten werden sich auf lange Zeit erstrecken, und in dieser Amtsperiode werden dafür nur die Grundlagen geschaffen werden können. Selbstverständlich ist die günstige wirtschaftliche und soziale Entwicklung unserer Republik die Grundlage hierfür. Es steht für mich außer Zweifel, daß alle Mitglieder des Gemeinderates, welcher politischen Richtung sie auch angehören, in dieser Hinsicht mitarbeiten werden. Es wird Aufgabe des Gemeinderates sein, aus allen widerstrebenden Interessen und Meinungen die gemeinsame mittlere Linie der kommenden Arbeiten zu finden.

In diesem Sinne wünsche ich dem neuen Gemeinderat bei der Erfüllung seiner großen Aufgaben einen vollen Erfolg. Nach der demokratischen Verfassung unserer Stadt sind Sie, meine Frauen und Herren, als gewählte Volksvertretung der entscheidende Faktor der gesamten Gemeindeverwaltung. Der Bürgermeister, die Vizebürgermeister und die Amtsführenden Stadträte sind an die Beschlüsse der gewählten Volksvertretung gebunden. Diese Beschlüsse sind in jedem Fall der Ausdruck des Volkswillens, da sie nach einem sorgfältigen Abwägen aller Interessen und Ansichten zustandkommen.

Die beiden großen Parteien im Wiener Gemeinderat haben trotz den bestehenden politischen Gegensätzen in den vergangenen Jahren durch gemeinsame Arbeit bewiesen, daß die Demokratie zu hohen Leistungen befähigt ist. Diese Zusammenarbeit soll nach dem Willen der beiden Parteien auch in der kommenden Periode des Gemeinderates fortgesetzt werden. Wir sind noch lange nicht bei jenen

sicheren und fortschrittlichen Lebensbedingungen angelangt, die sich unsere Bevölkerung durch ihre fleißige Arbeit und Aufopferung verdient hätte. Das aber soll das Ziel unserer Arbeit und unseres Wirkens sein. Zu dieser Arbeit rufe ich alle auf, Sie verehrte Mitglieder des Gemeinderates und die Bevölkerung von Wien.

Freiheit für Wien!

Der neugewählte Gemeinderat steht vor einer Arbeitsperiode, die von ihm und von der Wiener Bevölkerung höchste Leistungen verlangen wird. Wir erhoffen uns für die kommenden Jahre ein weiteres Aufblühen unserer geliebten Heimatstadt, in der alle unsere Mitbürger das Gefühl der Sicherheit und der Gerechtigkeit haben sollen. Diese Hoffnung wäre umso größter, wenn unsere vier Besatzungsmächte nun endlich die Periode des Zauderns und Diskutierens beenden und der Republik Österreich die ehrlich verdiente Freiheit und damit den endgültigen Frieden geben wollten. Wenn Österreich und Wien im Laufe der vergangenen Jahre alle Beweise höchster Arbeitsbereitschaft und politischer Reife erbracht haben, so ist nun die Reihe an den alliierten Besatzungsmächten, unsere Beweise mit ihrem Gegenbeweis des guten Willens zu quittieren. Deshalb soll am Tage des Zusammentrittes des neugewählten Wiener Gemeinderates unsere Forderung wieder erhoben werden: Gebt Österreich und seiner Bundeshauptstadt die Freiheit!"

- - -

Die ersten Weihnachtsbäume
=====

10. Dezember (RK) Ab morgen beginnt der Kleinhandel mit Weihnachtsbäumen. In ganz Wien werden auch heuer an rund 400 Verkaufsständen Bäume aller Qualitäten und Größen angeboten. Die Mehrzahl der Händler wird erfahrungsgemäß erst knapp vor Weihnachten ihre Verkaufsstände beziehen.

Auch heuer stehen das Waldviertel und das Schneeberggebiet unter den Hauptlieferanten an erster Stelle. In den vergangenen Tagen sah man auf der Wientalstraße und Triester Straße unzählige mit Weihnachtsbäumen vollbeladene Lastauto nach Wien rollen. Der Großhandel hat sich auch heuer den Wünschen der Wiener angepaßt und kauft überwiegend nur mittelgroße Bäume.

Über die Preise der Bäume läßt sich vorläufig noch nichts voraussagen. Sie werden im hohen Maße von der Qualität der Ware und wahrscheinlich wieder von der Nachfrage abhängig sein. Im vergangenen Jahr wurden für Fichten bis zu einem Meter 5 bis 15 Schilling verlangt, größere Bäume bis zu 2 Meter kosteten 10 bis 20 Schilling und ganz große bis zu 40 Schilling.

- - -

Pferdemarkt vom 9. Dezember
=====

10. Dezember (RK) Aufgetrieben wurden 12 Pferde. Als Schlächterpferde wurden 9 verkauft, unverkauft blieben 3.

Herkunft der Tiere: Wien 3, Niederösterreich 2, Burgenland 7.

- - -

Konstituierende Sitzung des Wiener Gemeinderates
=====

10. Dezember (RK) Der neue Wiener Gemeinderat trat heute vormittag zu seiner Konstituierung zusammen. Die Gemeinderäte, an der Spitze der Sozialistischen Fraktion GR. Jonas, betraten den Sitzungssaal in dunkler Kleidung. Die sozialistischen Gemeinderäte hatten rote Nelken, die Gemeinderäte der ÖVP Edelweiß im Knopfloch. GR. Jonas übernahm den Vorsitz.

Nach der Bestellung provisorischer Schriftführer leisteten die Mitglieder des Wiener Gemeinderates das Gelöbnis, "der Republik Österreich und der Stadt Wien unverbrüchliche Treue zu halten, die Gesetze stets und voll zu beobachten und Pflichten als Mitglied des Gemeinderates der Stadt Wien gewissenhaft zu erfüllen".

Im weiteren Verlauf der Sitzung wurden zunächst die Vorsitzenden des Gemeinderates gewählt. Bei dieser und bei allen folgenden Wahlen enthielten sich die Gemeinderäte der VO der Stimme. Als Vorsitzender wurden gewählt: von der SPÖ Franz Jonas, Bruno Marek, Helene Potetz und Rudolf Sigmund, von der ÖVP Richard Mazur und Dr. Ing. Franz Hengl.

Die Wahl des Bürgermeisters

Nun übernahm GR. Marek den Vorsitz zur Durchführung der Wahl des Bürgermeisters. Als Wahlprüfer fungierten von der SPÖ GR. Adelpoller, von der ÖVP GR. Haim und von der VO GR. Maller. Die Schriftführer riefen die Gemeinderäte einzeln auf, und diese legten ihre Stimmzettel in die Wahlurne. GR. Jonas verließ den Saal, nachdem er seine Stimme abgegeben hatte. Nach kurzer Unterbrechung der Sitzung verkündete der Vorsitzende das Wahlergebnis. Von 100 abgegebenen Stimmen waren 8 leer. Von den 92 gültigen Stimmen erhielt GR. Jonas 92 Stimmen und war somit zum Bürgermeister gewählt. Der Vorsitzende GR. Marek, Klubobmann der SPÖ GR. Dr. Stemmer und Schriftführer GR. Mistingger holten den neuen Bürgermeister in den Saal zurück. (Starker Beifall ohne VO.) Die Gemeinderäte erhoben sich von ihren Sitzen. Bürgermeister Jonas übernahm nun wieder den Vorsitz und legte das Gelöbnis ab, die Gesetze getreulich zu beobach-

ten und seine Pflichten nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen.

In weiterer Erledigung der Tagesordnung wurde die Zahl der Schriftführer mit 6 festgesetzt und von der Sozialistischen Partei Maria Jacobi, Leopold Mistingner, Maria Hirschler und Fritz Konir, von der Österreichischen Volkspartei Prof. Markus Bittner und Dkfm. Dr. Kurt Fiedler gewählt.

Die Wahl der Städteräte

Nachdem die Zahl der Mitglieder des Stadtsenates vom Gemeinderat mit 12 festgesetzt wurde, erfolgte die Wahl der Stadträte: von der Sozialistischen Partei Dr. Alfred Migsch, Johann Resch, Hans Mandl, Karl Honay, Leopold Thaller, Franz Koci, Franz Glaserer und Josef Afritsch, von der ÖVP Lois Weinberger, Karl Lakowitsch, Franz Bauer, Dkfm. Nathschläger. Die Genannten nahmen die Wahl in den Stadtsenat an und leisteten hierauf das Gelöbnis. Als Vizebürgermeister wurden Stadtrat Honay und Stadtrat Weinberger gewählt. Auch sie nahmen die Wahl an und leisteten das Gelöbnis.

Hierauf setzte der Wiener Gemeinderat die Verwaltungsgruppen fest. Dies sind: Verwaltungsgruppe I, Personalangelegenheiten, Verwaltungs- und Betriebsreform. Verwaltungsgruppe II, Finanzwesen. Verwaltungsgruppe III, Kultur und Volksbildung. Verwaltungsgruppe IV, Wohlfahrtswesen. Verwaltungsgruppe V, Gesundheitswesen. Verwaltungsgruppe VI, Bauangelegenheiten. Verwaltungsgruppe VII, Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten. Verwaltungsgruppe VIII, Öffentliche Einrichtungen. Verwaltungsgruppe IX, Wohnungs-, Siedlungs- und Kleingartenwesen. Verwaltungsgruppe X, Wirtschaftsangelegenheiten. Verwaltungsgruppe XI, Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten. Verwaltungsgruppe XII, Städt. Unternehmungen.

Die Zahl der Mitglieder der Gemeinderatsausschüsse wurde mit 12 festgesetzt. Auf die Sozialistische Partei entfallen in jedem Ausschuß acht und auf die ÖVP vier Mitglieder.

Vorher hatte sich GR. Dr. Soswinski (VO) zu Wort gemeldet. Die Festsetzung der Zahl der Ausschußmitglieder auf 12 bedeute, wie der Redner ausführte, der Opposition die so wichtige Kontrolle und Einsicht in die Verwaltung zu nehmen. Er stellte daher den Antrag, die Zahl der Ausschußmitglieder mit 15 festzusetzen und da-

mit der Opposition das Kontrollrecht zu sichern. Die Vermehrung der Ausschußmitglieder kostet die Wiener Bevölkerung im Gegensatz zu der Vermehrung der Stadträte nichts. Der Antrag des Redners wurde gegen die Stimmen der VO abgelehnt.

Nach der Bestimmung der Mitglieder der einzelnen Gemeinderatsausschüsse wurde die Wahl von 12 Mitgliedern der gemeinderätlichen Personalkommission vorgenommen, wobei ^{auf} acht die SPÖ und vier auf die ÖVP entfallen, ferner die Wahl des Disziplinarkollegiums, bei dem sechs Mitglieder und sechs Ersatzmitglieder auf die SPÖ, drei Mitglieder und drei Ersatzmitglieder auf die ÖVP entfallen. Weiter wurden gewählt: 14 Mitglieder in den Vorstand der Krankenfürsorgeanstalt der Bediensteten der Stadt Wien mit einer dreijährigen Funktionsdauer. Auf die SPÖ entfallen neun Mitglieder, auf die ÖVP fünf. Als Vorsitzender und als Beisitzer des Schiedsgerichtes der Krankenfürsorgeanstalt wurden auf die Dauer von drei Jahren gewählt: von der SPÖ als Vorsitzender GR. Dr. Stemmer, als Beisitzender GR. Schiller, von der ÖVP als Beisitzer GR. Haim. Schließlich wurden auf die Dauer eines Jahres neun Mitglieder des Kuratoriums des Wiener Jugendhilfswerkes gewählt, sechs von der SPÖ und drei von der ÖVP.

Der Vorsitzende, Bürgermeister Jonas, unterbrach hierauf die Sitzung, um den Mitgliedern des Stadtsenates Gelegenheit zu geben, die Amtsführenden Stadträte zu bestimmen.

Nach erfolgter Beratung wurde die Sitzung unter dem Vorsitz von GR. Marek wieder aufgenommen. Der Vorsitzende teilt mit, daß gemäß § 97 der Verfassung der Stadt Wien folgender Vorschlag zur Besetzung der Verwaltungsgruppen, also zur Wahl der Amtsführenden Stadträte als Leiter der zwölf Verwaltungsgruppen des Magistrates, erstattet wurde:

Verwaltungsgruppe I, Personalangelegenheiten, Verwaltungs- und Betriebsreform, Stadtrat Dr. Alfred Migsch;

Verwaltungsgruppe II, Finanzwesen, Stadtrat Johann Resch;

Verwaltungsgruppe III, Kultur und Volksbildung, Stadtrat Hans Mandl;

Verwaltungsgruppe IV, Wohlfahrtswesen, Vizebürgermeister Karl Honay;

Verwaltungsgruppe V, Gesundheitswesen, Vizebürgermeister Lois Weinberger;

Verwaltungsgruppe VI, Bauangelegenheiten, Stadtrat Leopold Thaller;

- Verwaltungsgruppe VII, Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten, Stadtrat Karl Lakowitsch;
- Verwaltungsgruppe VIII, Öffentliche Einrichtungen, Stadtrat Franz Koci;
- Verwaltungsgruppe IX, Wohnungs-, Siedlungs- und Kleingartenwesen, Stadtrat Franz Glaserer;
- Verwaltungsgruppe X, Wirtschaftsangelegenheiten, Stadtrat Franz Bauer;
- Verwaltungsgruppe XI, Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten, Stadtrat Josef Afritsch;
- Verwaltungsgruppe XII, Städtische Unternehmungen, Stadtrat Dkfm. Richard Nathschlager.

Der Vorschlag wurde ohne die Stimmen der Volksopposition angenommen.

Unter lebhaftem Beifall ergriff sodann Bürgermeister Jonas das Wort. (Die Rede des Bürgermeisters brachten wir bereits auf den Blättern 2122 bis 2135.)

Nach den Ausführungen des Bürgermeisters wurde die Sitzung auf eine Stunde unterbrochen.

Die Erklärungen der Parteien

Nach Wiederaufnahme der Sitzung kommt als erster Redner GR. Lauscher (VO) zu Wort. Er bedauert, daß sich die Verhandlungen der beiden großen Parteien so hinausgezogen haben, daß es erst zwei Monate nach den Wahlen zur Konstituierung des Wiener Gemeinderates kam. Seine Fraktion wird sich zu den Grundsätzen einer fortschrittlichen Kommunalpolitik bekennen. Sie wird den Interessen des arbeitenden Volkes dienen. Der Redner stellt fest, daß heuer auch zum ersten Mal gleichzeitig mit dem Gemeinderat die Bezirksvertretungen gewählt wurden. Der Arbeit der Bezirksvertretungen müsse große Aufmerksamkeit und Unterstützung zugewendet werden, da sie den Kontakt mit der Bevölkerung herstellen. Ihre Kompetenz dürfe nicht eingeengt, sondern müsse erweitert werden. Seine Fraktion bekenne sich weiter zu einer Reihe dringender Forderungen der arbeitenden Bevölkerung Wiens, für deren Erfüllung sie sich mit ganzer Kraft einsetzen werde. Zunächst die Forderung, energische Maßnahmen gegen die Teuerung zu ergreifen. Das Marktamt vor allem, müsse die Preisbewegung beobachten und das Hinauf-

numerieren einstellen. Von großer Wichtigkeit ist ferner die Herabsetzung der Gas- und Stromgebühren und eine bedeutende Reduzierung der Grundgebühren. In diesem Zusammenhang müsse auch auf die rasche Fertigstellung des Kraftwerkes Ybbs-Persenbeug gedrängt werden. Von besonderer Wichtigkeit sei eine sozial gerechte Finanz- und Tarifpolitik, die die arbeitende Bevölkerung schont und die finanziellen Mittel dort beschafft, wo sie im Überfluß vorhanden sind. Die Interessen Wiens müssen bei der Abgabenteilung gegenüber dem Bund konsequent vertreten werden. Ein besonders dringendes Problem ist auch die Wohnungsnot. Die Volksoption habe wiederholt Wege aufgezeigt, Mittel für den Wohnhausbau in größerem Ausmaß zu beschaffen. Sie verlange, daß in jedem Jahr durchschnittlich mehr gebaut werde, als dies während der Zeit der Ersten Republik der Fall war, weil der zweite Weltkrieg tausende Wohnungen zerstört hat. Auch der Instandsetzung und Modernisierung der Althäuser müsse großes Augenmerk zugewendet werden, jedoch unter der Berücksichtigung, die Mieter vor unerträglichen Zinssteigerungen zu schützen. Als eine brennende Frage, bezeichnet der Redner die Vergebung der Wohnungen. Hier müsse allein die Bedürftigkeit entscheidend sein. Von großer Bedeutung sei auch die Lösung der Verkehrsmisere. Die Forderung nach dem Bau von Schnellbahnen und eines zweiten Stadtbahnringes müsse verwirklicht werden. Auf dem Gebiet der Fürsorge müsse die 13. Monatsrente ein dauernder Bestandteil des Rentenbezuges bleiben. Es müssen mehr Kindergärten, Horte, Spiel- und Sportplätze gebaut werden und für die Schulentlassenen Lehrwerkstätten. Eine Herzenssache ist auch die Verbesserung der gesundheitlichen Betreuung der Wiener Bevölkerung und die Förderung des Sportes, der Kultur und der Volksbildung. Auf dem Gebiete der Personalpolitik müßte die Gemeinde dem Bund beispielgebend vorangehen. Die Gemeindeangestellten gehörten früher einmal zu den am besten Bezahlten.

Auch die Randgemeindenfrage wäre einer demokratischen Lösung zuzuführen. Jenen Gebieten, die zu Wien wollen, müßte dies durch eine gesetzliche Regelung ermöglicht werden.

Der Redner kommt dann auf die augenblickliche politische Lage zu sprechen und erklärt, daß in unserem Lande die politische Reaktion am Werke sei, daß in Österreich wieder Soldaten gespielt und

"großgedeutscht" werde. (Zwischenruf SPÖ: ... und in der Tschechoslowakei wird aufgerüstet!) Durch die Gefahr einer Wiedererrichtung einer Wehrmacht in Westdeutschland drohe auch unserem Lande Gefahr. (Zwischenruf: Was ist mit Paulus in Ostdeutschland.) Mit der Wiedererrichtung des deutschen Militarismus entsteht darüber hinaus eine Bedrohung für die Selbständigkeit und Unabhängigkeit unseres Landes. Dadurch wird auch der Abschluß eines Staatsvertrages für Österreich sabotiert. Der Wiener Gemeinderat müsse es daher als seine Verpflichtung erachten, den Kampf gegen die Reaktion zu führen, für die Verteidigung der Demokratie und gegen die Wiederaufrüstung Westdeutschlands.

GR. Lauscher stellt mit Befriedigung fest, daß die WdU im Wiener Gemeinderat nun nicht mehr vertreten ist. (Zwischenruf bei SPÖ: Um ein Haar wär's Euch auch so gegangen). Die Volksopposition werde den Auftrag der Wiener Wähler gewissenhaft erfüllen. Sie wird darauf achten, daß die Koalitionsparteien ihre Wahlversprechen einhalten. Jede Maßnahme, die sich gegen die Interessen Wiens und seiner arbeitenden Bevölkerung richte, werde seine Fraktion entscheidend bekämpfen; alle Maßnahmen aber, die dem Fortschritt dienen, werde sie begrüßen und unterstützen, um der arbeitenden Bevölkerung das Leben zu erleichtern und die Entwicklung Wiens zu Glück und Wohlstand zu führen.

Für die Österreichische Volkspartei sprach Vbgrm. Weinberger, der zunächst den Wiener Wählern dankte, die der ÖVP ihr Vertrauen schenkten. Dieses Vertrauen von nahezu 360.000 Wienerinnen und Wienern hat die ÖVP in der gleichen Stärke wie im letzten Gemeinderat wieder in dieses Haus gebracht und die offen ausgesprochene Absicht die Volkspartei von der aktiven Mitarbeit auszuschalten vereitelt.

Die ÖVP wird auch in der Bundeshauptstadt aus ernstesten und sachlichen Gründen mit der Sozialistischen Partei zusammenarbeiten. Das wird sie aber nicht daran hindern, ihre besondere Ansicht und damit auch den besonderen politischen Auftrag der Wählerschaft zur Geltung zu bringen. Da leider noch nicht alle notwendigen Sicherungen für eine loyale Zusammenarbeit erreicht werden konnten, kann die Koalitionsbereitschaft allerdings vorläufig nur bedingt erklärt werden. Die ÖVP wird jedenfalls genau aufpassen und ihre Mit-

arbeit nach der Haltung der SPÖ einstellen.

Vbgm. Weinberger bedauerte, daß am Tage der Konstituierung des Gemeinderates in den Zeitungen eine Rede von Stadtrat Resch wiedergegeben wurde, in der er Wien wieder einmal mit einer bestimmten Farbe anstreichen will. Wir alle sollten uns aber besser zu dem Rot-Weiß der Fahne Wiens bekennen.

Rein äußerlich ist die ÖVP nun ganz an die rechte Seite des Hauses gerückt. Die sogenannten Unabhängigen haben ihr verdientes Schicksal erlitten und sind im Rathaus nicht mehr vertreten. Wie etliche Wahlergebnisse bewiesen, haben auch ehemalige Anhänger der sogenannten Nationalen der ÖVP diesmal ihr Vertrauen geschenkt. Auch wenn das nicht so wäre, würde die Volkspartei ohne Aufgabe ihrer Zentrumstellen auch in diesem Haus selbstverständlich weiterhin für das gleiche Recht aller Mitbürger eintreten. Es ist an der Zeit mit alten Ressentiments Schluß zu machen.

Vbgm. Weinberger unterstrich auch den Auftrag, den die ÖVP vom christlichen Volk dieser Stadt erhalten hat. Wien hatte immer ein christliches und darum auch humanes Wesen. Wenn diese Stadt wieder zu einer großen europäischen, ja zur Weltgeltung aufsteigen soll, dann kann dies nur aus einer tiefen Verbindung mit den Kraftquellen des christlichen Geistes kommen.

Es war ein Schuldbekennnis der Sozialisten, als sie die Wahlparole von der künftigen Weltstadt Wien ausgaben. Die SPÖ hatte jahrzehntelang Zeit, diese Stadt wenn schon nicht zu einer neuen Weltstadt zu machen, so doch vor den Verlust ihrer einstigen Größe zu bewahren. (Stadtrat Resch: Was haben Sie 1934 bis 1938 gemacht?) Wien, das werden Sie doch nicht leugnen können, war vor 1918 eine wirkliche Weltstadt! Wir leugnen nicht, daß auch die Sozialisten Verdienste um diese Stadt haben. Wir anerkennen auch die heutigen Erklärungen des Bürgermeisters. Aber alles, was seit 1945 bisher geschah, war nicht das alleinige Verdienst der Sozialisten und ist schon garnicht aus dem Geld ihrer Wählerschaft, sondern aus dem des ganzen Volkes geschaffen worden. Der Wiederaufbau Wiens war doch nur möglich, weil die Voraussetzungen dafür von der Bundesregierung geschaffen wurden. Und die Sozialisten können nicht leugnen, daß die Führung im Bund bis zum heutigen Tag in den Händen der ÖVP liegt.

Vbgm. Weinberger hielt den Sozialisten ihr bisheriges Verhalten der Demokratie gegenüber vor, sowie die kleinliche Planung von Gestern und Heute. Sie waren überall dort für die Demokratie, wo sie in der Minderheit waren. Sie haben die Demokratie aber mitleidig belächelt, wo sie auch nur eine Stimme über die Mehrheit erhielten. Die Wiener Verfassung zum Beispiel ist einer Diktatur würdiger, als einer Demokratie. Und wie sieht es um das gleiche Recht aller Mitbürger in dieser Stadt aus. Die Methoden der Wohnungsvergabe waren eine Ungeheuerlichkeit sondergleichen. Wir werden uns das nicht mehr gefallen lassen und wir werden diese Methoden nicht mehr länger dulden.

Vbgm. Weinberger kam nun auf die Aufgaben der nächsten fünf Jahre zu sprechen. Die SPÖ habe es sich etwas zu leicht gemacht. Sie erklärte schlicht, daß sie Wien wieder zu einer Weltstadt gestalten werde, daß sie 30.000 Wohnungen bauen, das Stadion aufstocken und vielleicht auch ein neues Allgemeines Krankenhaus mitfinanzieren will. Alles andere war so allgemein gehalten, oder so selbstverständlich, daß man darüber gar nicht erst reden sollte. Von einer U-Bahn, die dringender als vieles andere ist, wurde nicht einmal heute etwas gesagt, auch nicht über die Schnellbahnen. Von den Satellitenstädten, von denen einmal so viel die Rede war, ist heute keine Spur mehr. Ihre bisherige Methode ist überhaupt ungeeignet, unsere Stadt wirklich wieder zu neuem Ruhm und zu neuer Größe emporzuführen. Die ÖVP hat ihr Programm lange vor den Wahlen bekanntgegeben; sie wird es auch weiterhin als Grundlage ihrer Politik in diesem Haus gebrauchen. Einen wesentlichen Teil dieses Programmes bildet der finanzielle Teil. Vbgm. Weinberger stellte sich gegen die gegenwärtige Finanzpolitik und betonte die Forderung der ÖVP nach einer radikalen Umstellung. Beim Wohnungseigentum und beim genossenschaftlichen Bauen sind die Sozialisten schon etwas nachgiebiger geworden. Sie werden auch in der Finanzpolitik noch so vorgehen, wie ihnen das vor allem Kamitz schon längst vorgezeigt hat! (Stadtrat Resch: Nein!) Es ist ja auch ganz ausgeschlossen, große Investitionen aus der derzeitigen Generation herauszupressen. Nach den Vorschlägen der ÖVP könnten Anleihen und andere Kreditoperationen Steuern, Abgaben und Tarife gesenkt werden. Vbgm. Weinberger bedauert es daher,

daß das nächstjährige Budget wieder nach den alten, veralteten Methoden aufgestellt werden muß. Die ÖVP werde jedoch die von ihr geforderten Ermäßigungen solange verlangen, bis endlich das Notwendige getan wird.

Recht ist, was der Partei dient, meinen die Sozialisten. Die ÖVP bleibt aber dabei, daß allein das recht ist, was allen gleichermaßen dient. Die bisherige Personalpolitik hat dies nicht berücksichtigt. Trotz der aner kennenswerten Bemühungen von Stadtrat Sigmund haben sich hier Tendenzen nach einer bestimmten Richtung gezeigt.

Vbgn. Weinberger ging nun auf einige Sonderkapitel der Verwaltung näher ein. Er begrüßte es vor allem, daß die Städtischen Unternehmungen für die nächsten fünf Jahre wieder von einem Mann der ÖVP geführt werden, und erneuerte in diesem Zusammenhang die Forderung nach U-Bahn und Schnellbahn, die Führung der Autobahn bis in den Stadtkern, die Schaffung von genügend Parkplätzen, den Ausbau eines modernen Flughafens und des Donauhafens, damit die heute schon unhaltbar gewordenen Verkehrsverhältnisse sich endlich großstädtisch gestalten.

Das Ziel aller Bemühungen der ÖVP bleibt jedoch die Freiheit und der Wohlstand des einzelnen Menschen und der Familien innerhalb einer echten Volksgemeinschaft. Diesem Ziel muß auch eine wirklich soziale Wohnbautätigkeit dienen. Die ÖVP steht auch weiterhin zum Bau von Gemeindewohnungen, verlangt aber familiengerechtere Wohnungen durch Vergrößerung des Wohnraumes durch die Unterstützung des Baues von Eigentumswohnungen und Siedlungsgenossenschaften. Auch das Problem der Althäuser muß gelöst werden. Eine gerechte Lösung des gesamten Wohnungsproblems erfordert aber vor allem die sofortige Abkehr von den bisher geübten Methoden der Wohnungsvergebung. Die Vergebung soll lediglich nach sozialen und objektiven Gesichtspunkten erfolgen. Daß ein neuer Mann an die Spitze des Wohnungsamtes gekommen ist, mag vielleicht ein erster Schritt dazu sein.

Gegen den Zerfall der Familien und gegen den Geburtenrückgang forderte Weinberger Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen, Ehestandsdarlehen, Geburtenbeihilfen, Tariferleichterungen und andere Maßnahmen zur Familienförderung.

Gute Mütter und gesunde Familien seien besser als jede Fürsorge und alle Erziehungsheime. Der Volksgesundheit ist durch die Stadtverwaltung größtes Augenmerk zuzuwenden. Die ÖVP fordere daher die Ausdehnung der Gesundenuntersuchungsstellen auf möglichst alle Wiener Bezirke. Es wird hoffentlich auch möglich, mit dem Neubau und Umbau des Allgemeinen Krankenhauses bald zu beginnen. Die Stadt muß auch daran mitwirken, ein entsprechendes Spital für Fußbehinderte zu schaffen. Ferner legte Vbgm. Weinberger größten Wert darauf, die schon längst zu Altersspitalern gewordenen, unzulänglichen Altersheime zu echten Heimen für müde alte Mitbürger zu gestalten.

Zum Sport bemerkte der Redner, daß er nach Auffassung der ÖVP der Gesunderhaltung des Volkes und Charakterbildung der Jugend dienen müsse. Die Mehrheit dieses Hauses habe jedoch bisher vom Sport mehr an Abgaben und Steuern herausgepreßt, als sie ihm oft recht einseitig zurückgegeben hat.

Für Wissenschaft und Kultur, die in Wien seit Jahrhunderten Heimstadt und Pflege fanden, hatte die Rathausmehrheit außer schönen Worten bisher leider nicht sehr viel übrig. Das Kulturbudget war schon immer das bescheidenste der Stadtverwaltung. Es wird auch durch Einbeziehung einiger Kapitel nicht schöner und größer werden. Die ÖVP fordere weitgehende Unterstützung aller wissenschaftlichen und volksbildnerischen Einrichtungen und die großzügige Förderung aller Wiener Kulturschaffenden. Ebenso sollte unsere Stadt künftig mehr für den Fremdenverkehr tun. Sie müßte vor allem die Wiener Musik, das Wiener Theater und die Operette unter ihnen besonderen Schutz nehmen.

Zu der neuen Zusammenarbeit bemerkte Vbgm. Weinberger, daß es die SPÖ für richtig befunden habe, aus rein optischen Gründen die Verwaltung um eine Verwaltungsgruppe zu vermehren. Die ÖVP wird sehr darauf achten, ob diese "Öffentlichen Einrichtungen" rationell geführt werden. Die ÖVP bekennt sich auch jetzt und weiterhin zur Kommunalisierung wie sie von Bürgermeister Dr. Lueger durchgeführt wurde. Sie verlangt aber für alle diese Unternehmungen eine rationelle Führung und lehnt weitere Kommunalisierungen als unzweckmäßig ab.

Es kann nicht Aufgabe der Stadtverwaltung sein, die private Wirtschaft einzuengen.

Vbgn. Weinberger bezeichnet die Koalition als keine "Liebes-ehe". Es war nicht leicht, auch nur zu einer Art Vereinbarung zu kommen. Wenn ein Teil zuviel verlangt, ist eine Einigung immer schwer zu erreichen. Die SPÖ glaubte allen Ernstes, der ÖVP das größte Verwaltungsgebiet wegnehmen zu können. Es ist nicht die Schuld der ÖVP, wenn es statt zu einer Verminderung der Stadträte zum Gegenteil kam. Der neue Stadtrat ist allein ein Produkt der Sozialisten. In den großen Fragen der Personalpolitik und der Wohnungsvergebung bestehen noch immer starke Differenzen. Wir werden mit oder ohne Vereinbarung gerade hier das gleiche Recht aller vertreten. Es geht nicht an, daß gerade die Bundeshauptstadt Bürger ungleichen Rechtes hat. Die ÖVP wird sich den Sozialisten gegenüber genau so verhalten, wie sie sich der ÖVP gegenüber einstellt und wird immer auf die Freiheit und das Recht aller Bürger achten.

Vbgn. Weinberger erklärte grundsätzlich die Bereitschaft zu gemeinsamer Arbeit im Interesse der Stadt. Die Bereitschaft hat aber Grenzen und kann die ÖVP nicht daran hindern, überall dort Kritik zu üben, wo die Regeln der Demokratie verletzt werden. Die ÖVP folgt hier nur einem lang geübten Beispiel der Sozialisten in der Regierung und im Nationalrat. Die Volkspartei wird sich bemühen, dieses Beispiel im Wiener Rathaus nachzuahmen.

Abschließend stellte Vbgn. Weinberger fest, daß die ÖVP die Freiheit als höchstes menschliches Gut achte. Sie stehe fest auf dem Boden des großen Vaterlandes Österreich, und sie stehe zur äußeren und zur inneren Freiheit. Das Christentum und besonders die Katholische Kirche sei tiefster und letzter Kraftquell für ein schönes und wahrhaft gutes Leben. Die ÖVP bekenne sich daher zur Zusammenarbeit mit den christlichen Kirchen besonders in den Fragen der Erziehung und der Ehe und der Familie. Die Österreichische Volkspartei arbeitet, opfert und kämpft in ganz Österreich für eine schöne Zukunft.

Sie arbeitet, opfert und kämpft auch in Wien für eine neue Schönheit und Größe dieser Stadt, aber auch für ein Leben in Freiheit und Würde für alle Mitbürger. Die Sozialisten wollen Wien schöner, besser und gesünder machen. Die ÖVP gelobt alles zu tun, damit Wien wieder schön, gut und gesund wird.

Vizebürgermeister Honay (SPÖ) kommt auf den verflossenen Wahlkampf zu sprechen und erklärt: Ich habe in der Ersten und Zweiten Republik ein Dutzend Wahlkämpfe miterlebt, aber noch keinen Wahlkampf mitgemacht, der auf einem derart niedrigen Niveau geführt wurde, wie dieser Wahlkampf für den Wiener Gemeinderat.

Die Kommunistische Partei - lies Volksopposition - hat meine Partei mit den schmutzigsten Mitteln bekämpft. Wir haben auch gar nichts anderes erwartet. Sie hat ihr Grundmandat nicht in ehrlicher Weise erworben. (GR. Lauscher: Das sagen Sie wider Ihr besseres Wissen! - Das ist eine Lüge! Für so eine Behauptung muß man den Beweis antreten!) Wir wissen genau, daß die Kommunistische Partei rechtzeitig viele Wähler nach Favoriten ummelden ließ, um die notwendigen Stimmen zusammenzubringen. Zu einem Großteil ist es dieser Korrektur zuzuschreiben, daß sie das Grundmandat erhalten hat. Ich bin überzeugt, daß die Volksopposition aus ihrer eklatanten Niederlage nichts gelernt hat. Sie hat nichts gelernt, weil die Kommunistische Partei weder in Wien noch in Österreich eine österreichische Partei ist. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialisten. - Anhaltende Zwischenrufe bei der Volksopposition und Gegenrufe bei der SPÖ.) In dem Augenblick, in dem der letzte russische Soldat Wien verlassen haben wird, in dem die USIA-Betriebe in österreichische Verwaltung übergegangen sein werden und in dem wir den Staatsvertrag erhalten haben werden, werden in diesem Hause keine Lakaien einer fremden Macht mehr sitzen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialisten). Dann werden wir alle, die wir diese Stadt verwalten, aufatmen, denn dann werden wir wahrhafte Diener des österreichischen und Wiener Volkes hier sein.

Von der Kommunistischen Partei haben die Sozialisten nichts anderes erwartet. Aber von der Österreichischen Volkspartei, die mit uns seit zehn Jahren die Verwaltungsgeschäfte in diesem Hause teilt, haben wir anderes erwartet. Für die Bemessung des Umfanges

dieser Teilnahme hat die Sozialistische Partei die gerechteste Grundlage, das gerechteste Prinzip angewendet; den Proporz. Ich darf namens meiner Partei feststellen, daß dieser Mitwirkung an wichtigen Positionen der Wiener Stadtverwaltung im Wahlkampf von der Volkspartei in keiner Weise Rechnung getragen worden ist. Die Volkspartei hat so getan, als wäre sie eine ausgesprochene Oppositionspartei. Ich kann mit Befriedigung feststellen, daß die Volkspartei selbst mit dem dunklen Geschäft der Wohnungsnot keine Stimmen für sich gewonnen hat, und auch die von ihrer Presse wochenlang veröffentlichten Namen jener, die angeblich nicht zu Recht eine Zuweisung erhielten (GR. Mühlhauser: Euch ist der Gegenbeweis schwer gefallen!), hat ihr wahrhaftig nicht den Erfolg eingetragen, den sie sich erhofft hat. Aber auch nicht ihre Demagogie mit den Gas- und Strompreisen, die sie mit uns beschlossen hat, das Winseln um die Nazistimmen, die einseitige Behandlung der Verkehrsprobleme oder die Naivität mit den Rorsch-Millionen hat verhindern können, daß sie 42.000 Stimmen verloren hat.

Das "Kleine Volksblatt" hat die Sozialistische Partei als eine alte, müde und verbrauchte Partei bezeichnet und gemeint, daß dieses "letzte sozialistische Bollwerk Europas" zu Fall kommen wird. Diese Prophezeiungen sind daneben gegangen, und nicht nur Wien hat wieder den roten Bürgermeister, sondern nun besitzt auch Berlin einen roten Bürgermeister. (Lebhafter Beifall bei den Sozialisten). Wir dürfen ohne Überheblichkeit feststellen, daß diese alte, müde und verbrauchte Sozialistische Partei am 17. Oktober sieben Mandate in dieser Stadt gewonnen hat.

Die ÖVP schreibt ihren Mißerfolg der Tatsache zu, daß 65.000 Wähler und Wählerinnen nicht zur Wahl gegangen sind. Aber gerade ihre zügellose Politik hat viele ihrer Mitläufer abgestoßen. Je mehr sie die Sozialisten beschmutzt hat, umso mehr hat sie in ihnen den Glauben wachgerufen, alle Parteien seien schlecht und darum sind sie überhaupt nicht zur Wahl gegangen.

Wir haben diesen Zweifrontenkrieg bestanden.

./.

Der Nutznießer des Kampfes der Volksopposition gegen die Sozialistische Partei ist teilweise auch die Volkspartei gewesen.

(GR. Lakowitsch: Dann haben uns die Kommunisten geholfen?) Es ist unbestritten, daß die KP-Wähler eigentlich mehr zu uns gehören.

(GR. Lakowitsch: Das ist gar keine Frage! - GR. Mühlhauser: Das haben wir nicht bestritten!) Ich verurteile nicht die Arbeiter und Angestellten, die die Kommunistische Partei wählen. Wir hoffen, daß es uns gelingen wird, diese verirrt Menschen einmal zu uns zu bringen.

Vbgm. Weinberger hat wieder sehr ernst von der Demokratie und von der Änderung der Verfassung der Gemeinde gesprochen. Da möchte ich nur sagen, daß die sogenannte ständische Verfassung eine Schande auf die Demokratie gewesen ist (Zustimmung bei der SPÖ), weil sie niemals den Willen des Volkes respektiert hat und aus einer Art Diktatur hervorgegangen ist, die wir absolut verabscheuen und unter der gerade die arbeitenden Menschen am meisten zu leiden gehabt haben. Ich ersuche Vbgm. Weinberger aber, ein ernstes Wort mit seinen Parteifreunden in Niederösterreich zu sprechen und ihnen zu sagen, was wirklich Demokratie ist!

Wiederholt wurde von Rednern der Volkspartei etwas spöttisch davon gesprochen, daß wir Wien zu einer Weltstadt machen wollen. Die Begriffe über eine Weltstadt sind eben verschieden. Wenn Sie davon gesprochen haben, daß Wien schon vor dem ersten Weltkrieg eine Weltstadt gewesen ist, so denken wir, die wir in dieser Weltstadt damals gearbeitet haben, an die Tuberkulose, die hunderte Tausende Menschen in dieser Weltstadt weggerafft hat (Zustimmung bei den Sozialisten), dann denken wir daran, daß in keiner großen Stadt der Erde das Bettgängertum so stark verbreitet gewesen ist, wie in dieser Weltstadt (neuerliche Zustimmung bei der SPÖ). Auf der einen Seite gab es einen krassen Überfluß einer kleinen Schicht, auf der anderen Seite eine gräßliche schreckliche Armut.

./.

10. Dezember 1954 "Rathaus-Korrespondenz" Blatt 2151

Wir Sozialisten wollen eine Weltstadt formen, die nicht nur äußerlich ein schönes Antlitz trägt, sondern den Stempel der sozialen Gerechtigkeit. (Lebhafter Beifall bei den Sozialisten.)

Als Sprecher der Sozialistischen Partei dieses Hauses fühle ich mich verpflichtet, vor dem Gemeinderat das feierliche Versprechen abzugeben, daß wir Sozialisten unser Arbeitsprogramm, mit dem wir in den Wahlkampf gezogen sind, als eine ernste Verpflichtung betrachten. Wir geloben, es in dieser Funktionsperiode restlos zu erfüllen. An dieses feierliche Gelöbnis knüpfe ich den Dank meiner Partei an die rund 567.000 Wählerinnen und Wähler, die uns am 17. Oktober durch ihren Stimmzettel das Vertrauen geschenkt haben. (Lebhafter Beifall.)

Manche Parteien - ich denke dabei an die noch bis zu den Wahlen hier vertretene Totgeburt des VdU - kommen und gehen, die Sozialistische Partei hat allen Stürmen der Zeit getrotzt. Erfüllt von der glaubensstarken Weltanschauung eines aufbauenden Sozialismus, werden wir unsere geliebte Vaterstadt einer neuen Blüte entgegenführen. (Lebhafter, anhaltender Beifall bei den Sozialisten.)

Damit ist die Aussprache beendet und Vorsitzende GR. Helene Potetz schließt um 16.40 Uhr die erste Sitzung des Wiener Gemeinderates.

- - -

Stadtrat Dr. Alfred Migsch
=====

10. Dezember (RK) Der neue Stadtrat der Verwaltungsgruppe I, Personalangelegenheiten, Verwaltungs- und Betriebsreform, Dr. Alfred Migsch, wurde am 5. November 1901 in Wien geboren. Sein Vater war Versicherungsbeamter und Mitbegründer des Vereines der Versicherungsangestellten. Alfred Migsch absolvierte in Wien das Gymnasium und studierte an der Wiener Universität Staatswissenschaften. Im Jahre 1921 trat er bei der Gemeinde Wien ein und wurde zunächst dem Rechnungsdienst zugeteilt. Von 1922 bis 1929 war Migsch im Wiener Stadtschulrat tätig, von 1929 bis 1934 arbeitete er als Sekretär bei Stadtrat Weber, der damals das Wohnungswesen verwaltete. Sein Amtstitel bei der Gemeinde Wien ist Senatsrat.

1934 wurde er wegen seiner Zugehörigkeit zur Sozialdemokratischen Partei aus dem Rathaus versetzt und der Bezirkshauptmannschaft Favoriten zugeteilt.

Nach dem Krieg wurde Dr. Migsch 1945 zum Nationalrat gewählt und bekleidete von 1947 bis 1949 das Amt eines Bundesministers für Energiewirtschaft. Auf Vorschlag der Sozialistischen Partei wurde Dr. Alfred Migsch in der heutigen Sitzung des Wiener Gemeinderates zum Stadtrat gewählt und übernimmt die Gruppe Personalangelegenheiten, Verwaltungs- und Betriebsreform.

- - -

Stadtrat Franz Glaserer
=====

10. Dezember (RK) Der neue Stadtrat der Verwaltungsgruppe VIII, Wohnungs-, Siedlungs- und Kleingartenwesen, Franz Glaserer, wurde am 27. November 1904 in Wien geboren. Er entstammt einer Arbeiterfamilie, sein Vater war von Beruf Ledergalanteriearbeiter, seine Mutter war in einer Fabrik tätig. Nach Absolvierung von Volks- und Bürgerschule erlernte Glaserer den Beruf eines Schriftsetzers. In der Arbeiter-Maturaschule Mollardgasse absolvierte er daneben einen Maturakurs. Im August 1918 trat er der Sozialistischen Arbeiterjugend bei. Ein Jahr später schloß er sich auch der

./.

Lehrlingssektion der Buchdrucker an.

1940 wurde Franz Glaserer zum Wehrdienst der deutschen Wehrmacht eingezogen und geriet 1945 in Frankreich in amerikanische Kriegsgefangenschaft. Nach seiner Rückkehr aus der Gefangenschaft im Februar 1946 war Franz Glaserer in der Bezirksvertretung von Penzing als Bezirksrat tätig. Eine Zeit hindurch bekleidete er auch das Amt eines Ernährungsinspektors. 1949 wurde Franz Glaserer in den Wiener Gemeinderat gewählt und gehört seither dieser Körperschaft an. Als Gemeinderat war er in den Ausschüssen für Personalangelegenheiten und Gesundheitswesen tätig. Auf Vorschlag der Sozialistischen Partei wurde Franz Glaserer in der heutigen Sitzung des Wiener Gemeinderates zum Stadtrat gewählt und übernimmt das Ressort Wohnungs-, Siedlungs- und Kleingartenwesen.

- - -

Autobuslinie 7 wieder wie früher
=====

10. Dezember (RK) Ab Samstag, den 11. Dezember, verkehren nach Beendigung der Bauarbeiten in der Porzellangasse die Autobusse der Linie 7 und die Autobusse der in den Nächten von Samstag auf Sonntag geführten Nachtlinien B in beiden Fahrtrichtungen wieder über die normale Fahrstrecke ab Schlickgasse über Porzellangasse.

- - -

Konstituierende Sitzung des Wiener Landtages
=====

10. Dezember (RK) Im Anschluß an die Gemeinderatssitzung hielt der Wiener Landtag seine konstituierende Sitzung ab, die von dem bisherigen Präsidenten, Abgeordneten Marek, eröffnet wurde.

Der erste Punkt der Tagesordnung war die Wahl des Landtags-Präsidenten sowie des zweiten und dritten Präsidenten. Gemäß den Bestimmungen der Gemeindewahlordnung entfallen die Stellen des ersten und dritten Präsidenten auf die Sozialistische Partei, die Stelle des zweiten Präsidenten auf die Österreichische Volkspartei. Während der Wahl des ersten Präsidenten übernimmt Abg. Mühlhauser den Vorsitz. Der Wahlvorschlag der Sozialistischen Partei für den ersten Präsidenten lautet auf den Abgeordneten Bruno Marek. Der Wahlvorschlag wurde ohne die Stimmen der VO angenommen. Präsident Marek übernimmt unter lebhaftem Beifall den Vorsitz. Als zweiter Präsident wurde von der Österreichischen Volkspartei der Abgeordnete Karl Mühlhauser und als dritter Präsident von der Sozialistischen Partei der Abgeordnete Rudolf Sigmund vorgeschlagen. Sowohl der zweite als auch der dritte Präsident wurden ohne die Stimmen der VO gewählt.

Im weiteren Verlauf der Tagesordnung wurde vom Wiener Landtag das Immunitätskollegium gewählt, das aus neun Mitgliedern bestehen soll. Von der Sozialistischen Partei wurden gewählt die Abgeordneten Maria Jacobi, Dr. Josef Jakl, Bruno Marek, Leopold Mistingner, Adolf Planek und Dr. Josef Bohmann, von der Österreichischen Volkspartei die Abgeordneten Dr. Ing. Franz Hengl, Dr. Carl Freytag und Dr. Kurt Fiedler.

In den Unvereinbarkeitsausschuß wurden gewählt: Von der Sozialistischen Partei die Abgeordneten Josef Wiedermann, Hans Bock, Dr. Josef Bohmann, Harry Jodlbauer, Leopoldine Schlinger und Wilhelm Svetelsky, von der Österreichischen Vdkspartei die Abgeordneten Matthias Kowatsch, Dr. Carl Freytag und Dr. Hans Wollinger.

Sodann erfolgte die Wahl von 12 Mitgliedern des Bundesrates. Von den 12 Bundesratsmandaten entfallen acht auf die Sozialistische Partei und vier auf die Österreichische Volkspartei. Nach den Bestimmungen der Bundesverfassung sind wählbar nicht nur Mitglieder des Landtages, sondern auch alle Staatsbürger, die die Wahlbarkeit zum Wiener Landtag besitzen. Von der Sozialistischen Partei Österreichs wurden folgende Wahlvorschläge erstattet: Hans Riemer, Dr. Adalbert Duschek, Leo Geiger, Franziska Krämer, Rudolfine Luhr, Alfred Porges, Franz Schulz und Otto Skritok. Von der Österreichischen Volkspartei wurden vorgeschlagen: Fritz Eckert, Franz Gabriele, Otto Mitterer und Prof. Dr. Karl Lugmayer. Die Wahlvorschläge beider Parteien wurden ohne die Stimmen der VO angenommen.

Die Arbeit des Landtages

Zum Schluß der Sitzung dankte Präsident Marek den Mitgliedern des Landtages für das Vertrauen, das sie ihm und dem zweiten und dritten Präsidenten durch ihre Wahl entgegengebracht haben. Er gab die Versicherung ab, daß es immer ihr Bestreben sein werde, das in sie gesetzte Vertrauen durch objektive und gewissenhafte Arbeit in der Geschäftsführung zu rechtfertigen und damit auch das Vertrauen der Wiener Bevölkerung in die demokratischen Einrichtungen zu festigen. Präsident Marek gab sodann einen Überblick über den großen Aufgabenkreis der nächsten Jahre und führte aus:

"Wir werden in Kürze Gelegenheit haben, Gesetzesvorlagen der Landesregierung zu beraten, wobei unter anderem dem Landtag Entwürfe zu Ausführungsgesetzen zu Bundesgrundsatzgesetzen vorgelegt werden. Es handelt sich um Gesetze, die für das Wohl unserer Bevölkerung und für die Weiterentwicklung unserer Stadt von größter Bedeutung sind. In der Landesregierung wurde neuerlich der Entwurf für das Wiener Naturschutzgesetz eingebracht. Bekanntlich hat die Bundesregierung gegen den Beschluß des Wiener Landtages vom 18. Juni 1954 Einspruch erhoben. Der Magistrat hat nach Prüfung des Einspruches den Antrag vorgelegt, das Wiener Naturschutzgesetz in der beschlossenen Fassung durch einen Beharrungsbeschluß des Landtages in Wirksamkeit zu setzen. Ich darf weiters als bekannt voraussetzen, daß der Nationalrat eine Novelle zum Antiterrorgesetz beschlossen hat. Für einen be- ./.

stimmten Personenkreis ist das Antiterrorgesetz aber nicht unmittelbar anwendbares Recht. Für diesen Personenkreis, vor allem aber für die Bediensteten der Stadt Wien, bedarf es eines Ausführungsgesetzes, beziehungsweise eines eigenen Landesgesetzes.

Der Nationalrat hat am 9. April 1954 das Jugendwohlfahrtsgesetz beschlossen, das in seinem ersten Teil ein Grundsatzgesetz darstellt. Es bedarf dazu für das Land Wien einer Ergänzung durch ein Ausführungsgesetz. Dieses Gesetz steht in Beratung. Ich gebe der Hoffnung Ausdruck, daß dieses für unsere Jugendfürsorge so bedeutsame Gesetz bald dem Hohen Landtag vorliegen wird.

Der Magistrat hat weiter den Entwurf eines Gesetzes über Kanalanlagen und Einnünungsgebühren ausgearbeitet, das den Bedenken begegnen will, die seit einiger Zeit gegen einzelne Bestimmungen der derzeitigen Regelung vorgebracht werden. Eines der wichtigsten Gesetze aus der Frühjahrssession des Nationalrates ist das Wohnbauförderungsgesetz. Dieses Gesetz, das sich die Förderung der Errichtung von Klein- und Mittelwohnungen zum Ziel setzt, sieht die Schaffung eines Beirates vor, überläßt aber die näheren Bestimmungen der Ausführungsgesetzgebung des Landes. Auch damit wird sich der Hohe Landtag bald beschäftigen müssen. Die Beschreibung unserer nächsten Aufgaben gibt mir Veranlassung, die Bitte auszusprechen, dieses Programm in sachlicher Beratung zu beschließen."

Der Vorsitzende, Präsident Marek, schließt die Sitzung um 16.56 Uhr.

- - -